



Industriepolitik

Kriegsmaterialgesetz: Gezielte Lockerungen stärken den Sicherheitsstandort Schweiz

28.10.2026

Auf einen Blick

Eine wettbewerbsfähige Rüstungsindustrie ist für die Sicherheit der Schweiz essenziell. economiesuisse unterstützt gezielte Lockerungen der Exportregeln, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu erhalten, ohne menschenrechtliche Grundsätze aufzugeben.

Die sicherheitspolitische Realität anerkennen

Der Krieg in der Ukraine hat die sicherheitspolitische Lage in Europa drastisch verändert. Während europäische Staaten massiv aufrüsten, hinkt das Schweizer Sicherheitsbewusstsein der europäischen Realität deutlich hinterher, wie Armasuisse-Direktor Urs Loher warnt. Um die eigene Verteidigungsfähigkeit langfristig zu sichern, ist die Schweiz auf eine innovative und leistungsfähige Rüstungsindustrie im Inland angewiesen. economiesuisse betont, dass wirtschaftliches Wachstum und technologische Entwicklung primär auf Innovation basieren. Eine Schwächung der heimischen Industrie durch übermässige Regulierungen gefährdet nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch die sicherheitspolitische Unabhängigkeit des Landes.

Wettbewerbsnachteile für die Schweizer Industrie abbauen

Die aktuell strengen Exportregeln für Kriegsmaterial erweisen sich zunehmend als massiver Standortnachteil. So hat beispielsweise Deutschland verkündet, wegen der restriktiven Schweizer Bestimmungen kein Kriegsmaterial mehr hierzulande einkaufen zu wollen. economiesuisse setzt sich grundsätzlich für offene Märkte, den Abbau von Protektionismus und verlässliche Rahmenbedingungen ein. Die geplante Anpassung des Kriegsmaterialgesetzes ist ein notwendiger Schritt, um der Schweizer Rüstungsindustrie zu helfen und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen. Ohne diese Korrektur droht eine weitere Abwanderung von sicherheitsrelevantem Know-how ins Ausland.

Menschenrechte bleiben ein zentraler Pfeiler

Kritik an der Gesetzesrevision, wie sie aktuell von der SP im Zusammenhang mit dem Abstimmungsbüchlein geäussert wird, greift zu kurz. Die SP moniert, dass Exporte in Länder mit systematischen Menschenrechtsverletzungen künftig möglich seien. Die Bundeskanzlei stellt jedoch klar, dass der Bundesrat nur bei ausserordentlichen Umständen und zur Wahrung aussen- oder sicherheitspolitischer Interessen vom absoluten Verbot abweichen darf. Zudem gilt dies nur, sofern die Lieferung selbst nicht unmittelbar zu Menschenrechtsverletzungen beiträgt. economiesuisse unterstützt eine verantwortungsbewusste Unternehmensführung (CSR), bei der Firmen Verantwortung für Mensch und Umwelt übernehmen. Die neuen Bestimmungen wahren diese Prinzipien und schaffen gleichzeitig den nötigen aussenpolitischen Handlungsspielraum für den Bundesrat.

Sachliche Debatte statt irreführender Kampagnen

Im Vorfeld der Abstimmung ist eine faktenbasierte Diskussion unerlässlich. Die Behauptung der SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer, es handle sich um ein «Antiukrainengesetz», entbehrt der sachlichen Grundlage. Wirtschaftsminister Guy Parmelin und die Bundeskanzlei haben unmissverständlich festgehalten, dass direkte Waffenlieferungen an die Ukraine auch künftig nicht möglich sein werden, da das Neutralitätsrecht verbindlich bleibt. Auch Nichtwiederausfuhrerklärungen für bereits geliefertes Material bleiben bestehen. economiesuisse fordert eine sachliche Wachstums- und Regulierungsdebatte, die sich auf die tatsächlichen wirtschafts- und sicherheitspolitischen Auswirkungen der Vorlage konzentriert, statt falsche Erwartungen zu schüren.

Abhängigkeiten vom Ausland reduzieren

Wie wichtig eine funktionierende Beschaffung und eine starke heimische Industrie sind, zeigt sich bei aktuellen Rüstungsprojekten. Bei der Beschaffung des US-Luftverteidigungssystems Patriot geht die Schweiz vorerst leer aus, weil Washington andere Prioritäten setzt und eigentlich für die Schweiz vorgesehene Systeme nach Deutschland umleitet.

Solche Abhängigkeiten von ausländischen Regierungsprogrammen bergen enorme Risiken für die Schweizer Sicherheit. economiesuisse lehnt teure staatliche Subventionsprogramme ab, fordert aber innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für die Industrie. Nur mit einem wettbewerbsfähigen Sicherheitsstandort und gezielten Lockerungen im Kriegsmaterialgesetz kann die Schweiz ihre sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit in einer unsicheren Welt bewahren. **[OFFEN: Bestätigung der offiziellen Ja-Parole von economiesuisse zur Änderung des Kriegsmaterialgesetzes einfügen.]**



Luc Schnurrenberger

Stv. Bereichsleiter Aussenwirtschaft